

Wissenschaft für Bürgerinitiativen

Institutionalisierte fachliche Unterstützung von Bewohnerorganisationen in den Niederlanden.

Die Niederländische Hochschulszene kennt ein Phänomen, daß in letzter Zeit auch in der BRD Beachtung gefunden hat: die Wissenschaftsläden zur Unterstützung von gesellschaftlich unterprivilegierten Gruppen, d.h. solchen Gruppen, die aufgrund ihrer sozialen Stellung oder aufgrund des spezifischen Charakters ihres Anliegens keinen Zugang zum Wissenschafts-Betrieb haben.

Zwei Gesichtspunkte erscheinen mir hier wichtig:

- zum einen unter dem Aspekt der erweiterten Funktion, die eine Hochschule (oder zumindest bestimmte hochschulische Institutionen) über die Ausbildung hinaus in der Gesellschaft übernehmen können (Stichwort: gesellschaftliche Relevanz der Hochschule);
- zum anderen unter dem Aspekt der Integration von Studium und Praxis, d.h. der Einbeziehung von praktischer Tätigkeit in das Studium (Stichwort: Praxisbezug in der Ausbildung von Architektur- und Stadtplaner Studenten).

Beide Gesichtspunkte könnten auch die bundesdeutsche Hochschuldiskussion anregen und lassen sich am Beispiel des BAB in ihrem Wirkungszusammenhang besonders anschaulich darstellen.

Zunächst in Kurzfassung, worum es bei dieser Abkürzung BAB geht: das *Bouwkundig Adviesburo voor Buurbewoners*, wörtlich übersetzt: bauwissenschaftliches Beratungsbüro für Nachbarschaftsbewohner, ist eine studentische Organisation an der Abteilung Baukunde der Technischen Hochschule Eindhoven (THE), die sich die fachliche Beratung und Unterstützung von Bürgerinitiativen und Bewohnerorganisationen zum Ziel gesetzt hat. Das BAB ist seit 1974 als eigenständige und unabhängige Institution an der Abteilung tätig und bearbeitet seither Anfragen und Aufträge von Initiativen in ganz Holland. Diese Aufträge werden kostenlos bearbeitet.

Das BAB wurde von Studenten gegründet und hat ausschließlich Studenten als Mitglieder. Die Anzahl seiner Mitglieder pendelt zwischen 50 und 15. Dem BAB sind von der Abteilung ein Büro zur Verfügung gestellt, sowie ein Telefon und ein kleiner Etat von ca. f5000,- für Portokosten, Reisekosten, Materialkosten.

Das BAB bearbeitet Anfragen von Bürgerinitiativen, die sich an das BAB mit spezifischen baulichen und städtebaulichen Problemen wenden. Diese Anfragen müssen jedoch bestimmte Kriterien erfüllen, soll das BAB aktiv werden:

- es werden nur Initiativen unterstützt, die eine deutliche Mehrheit der Nachbarschaft hinter sich haben;
- die Bürgerinitiative muß glaubhaft machen können, daß sie andere Unterstützungsmöglichkeiten nicht hat (also weder über Mittel verfügt, um bezahlte Hilfe einschalten zu können, noch von der Gemeinde oder gemeinnützigen Organisationen Hilfe erwarten kann);
- zudem gibt das BAB nur fachliche Unterstützung durch Expertise und Pläne. Politisch-strategische Beratung oder Stellvertretung in Verhandlungen wird nicht geboten.

Genügt eine Anfrage diesen Anforderungen und hat das BAB genügend personelle Kapazität, nimmt es den Auftrag an und setzt eine Bearbeitungsgruppe ein.

Die Bearbeitungsgruppe ist verantwortlich für die Ausführung und dem BAB-Plenum regelmäßig rechenschaftspflichtig.

Die Bearbeitungsdauer ist naturgemäß unterschiedlich, abhängig von der Fragestellung, sie kann von wenigen Wochen bis mehreren Jahren dauern. Muß ein Student aus Studien- oder anderen Gründen die Bearbeitungsgruppe verlassen, so sorgt er zusammen mit dem BAB für personellen Ersatz.

Bisher sind nahezu 1000 Anfragen behandelt worden, die aus dem ganzen Land gekommen sind, schwerpunktmäßig jedoch aus der südlichen und östlichen Landeshälfte, selten aus der Randstadt

- hierfür ist die regionale Nähe weniger ausschlaggebend als das Entwicklungsniveau der Planungsbeurteilung, das hier sehr niedriger ist.

Die Anfragen erstrecken sich über ein breites fachliches Spektrum wie:

- bautechnische Mängel und deren Beurteilung (Lärm, Feuchtigkeit, Wärmeisolation);
- Ausarbeitung bautechnischer und konstruktiver Alternativen;
- Kostenschätzungen für alle Arten von baulichen Maßnahmen;
- Überprüfung bzw. Aufstellung von Finanzierungsplänen und Mietpreisberechnungen;
- Kontrolle von Heizkostenabrechnungen;
- Ausarbeitung von Modernisierungsvarianten bei Wohnungen in sowohl bautechnischer als auch wohntechnischer Hinsicht, samt Kostenimplikationen;
- Ausarbeitung von Nutzungsalternativen und möglichen baulichen Maßnahmen bei Nicht-Wohngebäuden;
- alternative Verkehrslösungen, etc.

Bei der Bearbeitung dieser Anfragen können sich die BAB-Studenten fachlich beraten lassen durch den wissenschaftlichen Stab der Abteilung Baukunde der THE. Die Bearbeitung der Anfragen ist jedoch selbst nicht Studienleistung. Gleichwohl besteht eine enge Verknüpfung zum Studium, nämlich über die Themenwahl der Studienprojekte: generelle Fragestellungen, die in den Anfragen auftauchen, können in Projekten bearbeitet werden, die Teil des Studiums ausmachen und als Studienleistung honoriert werden. Diese Projekte werden von wissenschaftlichen Stab der Fachgruppe Stadterneuerung betreut.

So viel zur Arbeitsweise des BAB.

Ich will mich jetzt zunächst dem ersten der beiden obengenannten Aspekte zuwenden und auf die erweiterte gesellschaftliche Funktion eingehen, die eine Hochschule über Einrichtungen wie das BAB gewinnen kann. Dazu ist es erforderlich, ein wenig weiter auszuholen und die spezifischen gesellschaftlichen Voraussetzungen darzustellen, die in den Niederlanden für eine professionelle Unterstützungsarbeit wie die des BAB bestehen.

1.

Bürgerinitiativen und Selbsthilfeaktivitäten spielen im politischen Leben in den Niederlanden bereits seit langem eine wesentlich größere Rolle als in der BRD.

Dazu zunächst einige beispielhafte Zahlen: in einer Stadt wie Eindhoven mit ungefähr 180.000 Einwohnern gibt es derzeit allein Bürgerinitiativen, die sich für die Erhaltung und Verbesserung ihrer Wohnung und Wohnumgebung einsetzen und die sich z.T. in übergreifenden thematischen Beratungsrunden zusammengeschlossen haben.

In zahlreichen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens wie Gesundheitswesen, Bildungswesen, Altenfürsorge etc. sieht es ähnlich aus - auch hier eine Vielzahl von Initiativen und Aktionsgruppen. Wobei man hinzufügen muß, daß Eindhoven im traditionell katholischen und politisch eher konservativen Teil des Landes sicher nicht zu den Städten gehört, in denen die basisdemokratische Mobilisierung besonders weit fortgeschritten ist.

Um zu verstehen, daß derartige Aktivitäten in solcher Fülle bestehen, muß kurz einiges gesagt werden über den speziellen Charakter der Demokratisierungsbewegung in den Niederlanden.

Die Idee einer grundlegenden gesellschaftlichen Demokratisierung breitete sich in den Niederlanden in den 60er Jahren in allen gesellschaftlichen Bereichen aus - sie blieb schon damals nicht beschränkt auf die Hochschulen. Die Studenten spielten zwar eine wichtige Rolle, aber keineswegs die führende einer einsamen Avantgarde. Im Erziehungswesen, im Gesundheitswesen, in der öffentlichen Verwal-

tung, in den Kirchen, in den Medien kam es zu Gärungs- und Veränderungsprozessen.

Aufgrund der Breite der Bewegung war sie also von Anfang an nicht in dem Maße gesellschaftlich diskreditiert wie die doch weitgehend isolierte Studentenbewegung in der BRD.

Das Beispiel der Provos in Amsterdam, die sicher noch vielen in Erinnerung sein werden, macht dies besonders gut deutlich: ihre Aktionen fanden überaus positive Resonanz, sie wurden sogar ministeriell subventioniert und waren schließlich auch im Stadtrat vertreten.

Kennzeichnend ist auch der Umstand, daß sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei, der P.v.d.A., die positive Einstellung zu der Bürgerinitiativbewegung so weit durchsetzte, daß man anläßlich des Wahlkampfes 1973 die Partei kurzerhand zur „aktiepartij“ (Bürgerinitiativpartei) erklärte.

Die Folge dieser positiven Einstellung zu Basisaktivitäten ist, daß Bürgerinitiativen in den Niederlanden zum regulären Bestandteil demokratischen Lebens wurden. Heute läßt sich in den Wohngebieten und Nachbarschaften kaum eine Maßnahme durchführen, ohne daß sich eine Bewohnerorganisation bildet, die Mitsprache verlangt. Dabei handelt es sich nicht um kleine Gruppen von politischen Professionals - in der Regel ist es durchaus die Mehrheit der Bewohner, die hinter dem Komitee steht und es in seinen Aktionen unterstützt. Ein Ausweis der breiten gesellschaftlichen Verankerung ist nicht zuletzt die hohe Kontinuität, die die Arbeit dieser Komitees oftmals auszeichnet. Auseinandersetzungen mit Wohnungsbaugesellschaften oder Gemeindeverwaltungen die sich über 7-8 Jahre hinziehen, sind keine Seltenheit.

2.

Die allgemeine Anerkennung basisdemokratischer Bewegungen als legitimer Bestandteil politischer Willensbildungsprozesse bewirkte gleichzeitig die Legitimation und Etablierung fachlich-wissenschaftlicher und professioneller Unterstützung dieser Bewegung in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen.

So gibt es ein differenziertes System von öffentlichen, halböffentlichen und privaten Institutionen, wie Stiftungen und Vereinen, die sich (im Zusammenhang und) in der Folge der Demokratisierungsbewegung der 60er Jahre gebildet haben und die eine entsprechende Beratungs- und Unterstützungsarbeit oftmals auch auf professioneller Basis leisten. Naturwissenschaftler, Mediziner, Juristen u.a. Fachvertreter haben in mehreren Städten, oft in Zusammenarbeit mit Universitäten, aber auch unabhängig davon, Beratungsbüros oder Wissenschaftsläden errichtet. Betroffeneninitiativen können hier Beratung erhalten oder kleine Expertisen in Auftrag geben.

Die Bürgerinitiativen und ihre Unterstützung spielen gerade auch im Architekten- und Planungsbereich eine große Rolle. Die Bürgerinitiativen hatten in den 70er Jahren im Bereich der Stadterneuerung und Stadtplanung einen handfesten Einfluß auf die Veränderung der Planungskonzeptionen und der Planungsverfahren.

Die zunehmende Finschaltung der betroffenen Bewohner in den Planungsprozessen - oder besser gesagt: ihr massives Hineindrängen - hat jedoch noch eine weitere Komponente, die bis jetzt unerwähnt geblieben ist: das Verhältnis von Architekten außerhalb der Verwaltung zu den Bewohnern ist ebenfalls einem Wandel unterworfen worden, der in meinen Augen eine der interessantesten Begleiterscheinungen ist und Veränderungen des Planungsprozesses in Richtung auf eine stärkere unmittelbare demokratische Einflußnahme bewirkt hat. Dieser Wandel, der sich aufgrund der größeren Flexibilität gegenüber den Bewohnerforderungen in den Niederlanden deutlicher abzeichnet als etwa in der Bundesrepublik, charakterisiert sich durch das Phänomen eines weit verbreiteten Netzes von professioneller Unterstützung der Bewohnerorganisationen bzw. Bürgerinitiativen.

Wie überall in Stadterneuerungssituationen wurden die Kämpfe der Bewohner um ihre Quartiere von Anfang an durch die Hilfestellung von freiwillig mitarbeitenden Studenten und sozial engagierten Fachleuten unterstützt. Die allgemeine Demokratisierungsstimmung der 60er und 70er Jahre wirkte sich dahingehend aus, daß in den Stadtverwaltungen vielfach relativ wohlwollend auf Inspraak (Mitsprache-Forderungen) reagiert wurde: zunächst meist mit der Anstellung von Informationsbeamten, dann - da dies sich als vollkommen unzureichend erwies - mit der Einrichtung von Planungsverfahren, die die Teilnahme der Bewohnerorgani-

sationen in der einen oder anderen Weise vorsahen und - um die Mitsprache auch sachliche und fachlich zu ermöglichen - oft auch mit der Bereitstellung von Fachwissen. So besteht derzeit in den Niederlanden ein vielseitiges Netz von fachlicher Unterstützung für Bewohnerorganisationen. Hervorstechend dabei ist, daß diese Unterstützung nur zum geringeren Teil aus unbezahlter, freiwilliger Mitarbeit, in Abendstunden oder an Wochenenden besteht, sondern in der Regel vergütet wird, vergütet jedoch nicht aus Mitteln, die die Bewohnerorganisationen selbst aufbringen müssen, sondern aus Mitteln, die von der Gemeinde, dem Ministerium oder auch von gemeinnützigen Einrichtungen bereitgestellt werden. Dies hat zur Herausbildung einer beachtlichen Anzahl von Institutionen und Organisationen unterschiedlichster Form geführt, die der professionellen Unterstützung der Bewohnerorganisationen Gestalt geben.

Da sind zunächst einmal die unabhängig von öffentlichen Instanzen operierenden Einrichtungen, wie z.B. die *Werkgroep 2000* zu nennen, die die älteste und im Ausland bekannteste dieser Art ist. Seit Anfang der 70er Jahre berät sie auch Bewohnerorganisationen und Gemeinden mit Gutachten, Planungen und Betreuung von Inspraak-Prozessen. Ihre Aufträge explizit vom Standpunkt der Bewohner aus. In der heutigen Situation ist sie daher hauptsächlich in der fachlichen Unterstützung von Komitees in den politisch weniger entwickelten Regionen in der südlichen Landeshälfte tätig oder in Klein- und Mittelstädten, wo sie oft auf Wunsch der Bewohnerorganisationen von den Gemeinden eingeschaltet wird. Auch existiert heute neben der *Werkgroep 2000* eine nicht unbeträchtliche Anzahl kleinerer Stiftungen und Arbeitsgruppen mit ähnlichen Zielsetzungen, meist inzwischen spezialisiert auf bestimmte Aspekte, wie etwa Bautechnik, Entwurfsplanung, Kostenfragen etc. Sie finanzieren sich über kleine Aufträge von Gemeinden, WBG oder Bürgerinitiativen - mehr schlecht als recht. Goldene Nasen sind hier nicht zu verdienen. Daneben gibt es eine Reihe von Rechtsläden und gemeinnützigen Advokatenkollektiven, die in juristischen Fragen von Planungsrecht und Mietrecht beraten. Insgesamt hat sie mittlerweile hochentwickelte Situationen von Beteiligung der Bewohner eine Arbeitsteilung und Spezialisierung auch unter den fachlichen Unterstützern zu Wege gebracht.

Weit gewichtiger aber als diese selbstorganisierte Landschaft von Unterstützung ist eine andere Entwicklung: die offizielle Institutionalisierung der Fachunterstützung der Bewohnerorganisationen in der Verwaltung selbst. Die größeren Gemeinden verfügen oft über im Haushalt verankerte Stellen für professionelle Unterstützung. Die personelle Besetzung dieser Stellen ist dabei den jeweiligen Bewohnerkommissionen überlassen, mit denen sie arbeiten sollen.

So kennen mehrere Gemeinden die Einrichtung der *externen Fachberater*, die wie etwa in Rotterdam, den Bewohnerorganisationen zur Unterstützung ihrer Arbeit in den paritätisch besetzten Projektgruppen zur Verfügung gestellt werden. Daneben sind es vielfach Zentren der Gemeinwesenarbeit oder sozialfürsorglicher Einrichtungen in Sanierungsgebieten, die Stellen für die fachkundige Betreuung in Fragen der Wohnungsvorsorgung, Wohnungsmodernisierung und Wohnumgebung bereitstellen.

Um dem Beratungsbedarf von Bewohnerorganisationen auch in kleineren Gemeinden entgegenzukommen, in denen die Bereitstellung von Planstellen oft aus Haushaltsgründen nicht erreichbar ist, wurden 1975 vom Ministerium für Wohnungsvorsorgung und Raumordnung und dem Niederländischen Architektenverband die *Stifting Landelijk Ombudsteam Stadsvernieuwing* errichtet (LOS).

Das LOS wird seither fortlaufend finanziert aus Subventionen der Ministerien Wohnungsvorsorgung (VRO) und Kultur, Rekreation und gesellschaftlicher Arbeit (CRM).

Es besteht aus fünf festen Mitarbeitern und einer Reihe von sogenannten Konsultanten, die hauptsächlich anderweitig tätig sind. Das Grundprinzip seiner Tätigkeit heißt: Wohnen ist ein soziales Recht, jedermann hat Recht auf eine gute und bezahlbare Wohnung und auf Mitbestimmung über seine Wohnsituation. Das LOS unterstützt auf Anfrage Bewohnergruppen mit Beratung und erteilt daneben Auskünfte über das in den Niederlanden sehr komplizierte Subventionssystem, über gesetzliche Regelungen und auch über praktische Erfahrungen anderer Gruppen in jeweils vergleichbaren Fällen. Seine Beratung erstreckt sich auf Modernisierung sowie Neubaupläne, sowohl in technischer als auch in finanzieller Hinsicht, auf technisch und sozialwissenschaftlich vorbereitende Un-

tersuchungen, auf Beratung bezüglich geeigneter Vorgehensweisen und Verhandlungsstrategien und auch auf die Organisation der Bewohner selbst samt der Entwicklung von Kampfstrategien. Seine Arbeit ist also - mit Ausnahme der letztgenannten Punkte - der des BAB vergleichbar.

Zusammenfassend kann man sagen: die Institutionalisierung der Bewohnerunterstützung, die ab Mitte der 70er Jahre begann, ist Ausdruck dafür, daß die Bereitstellung von Fachwissen zur Qualifizierung der Bewohner für den demokratisierten Planungs- und Bauprozess inzwischen prinzipiell als eine Notwendigkeit anerkannt wird und als integraler Bestandteil des Stadterneuerungsprozesses behandelt wird.

Damit hat sich aber auch das Berufsfeld von Architekten und Planern erweitert und differenziert.

Ich meine dies weniger im Hinblick auf Stellen - die derzeitigen Einsparungen an Förderungsmitteln für Planungs- und Baukosten werden hier deutlich restriktive Auswirkungen haben.

Ich denke dabei an die Art des Planungs- und Entwurfsprozesses selbst und die hierfür erforderlichen Qualifikationen. Es ist nämlich nicht zu übersehen, daß sich die Bewohner-Emanzipation, deren Ausdruck die Mitspracheverfahren ja sind, sich auch in einen zunehmenden Qualifizierungsprozeß der Bewohner auswirkt. Ein Qualifizierungsprozeß, der durch die Institutionalisierung der fachlichen Unterstützung noch erheblich beschleunigt wurde und wird: Bewohner äußern Vorschläge, beurteilen Alternativen, reden mit über Entwurfslösungen.

Immer wieder hat sich gezeigt, daß traditionell ausgebildete Architekten und Stadtplaner mit der Zusammenarbeit so selbständig gewordener Klienten erhebliche Schwierigkeiten haben. Das hängt nicht nur mit dem traditionellen Rollenverständnis zusammen, nämlich dem des Fachmanns, der alles in jedem Fall besser weiß, was die Bewohner oft nicht mehr akzeptieren. Die Zusammenarbeit verläuft auch nach anderen Regeln, als die traditionell geübten: andere Verfahren von Planung und Entwurf müssen entwickelt werden, andere Gewichtungen in den Fragestellungen treten auf - finanzielle Probleme, Baukosten, Möglichkeiten optimaler Ausnutzung des Subventionssystems, aber auch soziale Probleme, wie Wohnungsteilung und Wohnungsschlüssel treten in den Vordergrund.

Die Fachleute, die mit den Bewohnern zusammenarbeiten wollen, müssen daher eine breite, aber auch gleichzeitig eine sehr exakte Kenntnis der Rahmenbedingungen der Planung haben. Sie müssen darüberhinaus auch über ein gutes Wissen der Kostenimplikationen der entwerferischen und konstruktiven Varianten verfügen. Und nicht zuletzt müssen sie in der Lage sein, mit Gruppen umzugehen, ihnen ihre Überlegungen und Argumente in einer Weise begrifflich zu machen, dem ein kreatives Mitdenken und Mitentscheiden ermöglicht. Dies sind Fähigkeiten, die man eigentlich nur in der praktischen Ausübung erlernen kann. Und auch die Motivation für die Erarbeitung der Kenntnis trockener Bedingungen des Planens und Entwurfs wächst in dem Maß, in dem die Einsicht in die praktische Notwendigkeit sich klärt.

Der Praxisbezug nun stellt für Architekten- und Planerausbildung ein strukturelles Problem dar. Denn es geht nicht nur darum, die Ausbildung auf dem jeweils neuesten Stand der Berufspraxis zu halten - die ohnedies bekanntermaßen in fünf Jahren ihren Kenntnisstand umschlägt. Es geht in erster Linie darum, zu einem praxissgerechten Handeln auszubilden, das gleichzeitig zur Veränderung dieser Praxis imstande ist. Es geht darum, das soziale Engagement von Studenten zu stärken, und es zu einer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit zu entwickeln, die mit den Bedingungen der Realität umgehen kann, ohne in Resignation oder Konformismus zu verfallen.

Eine Konfrontation mit der Berufspraxis, die rein informativer Natur ist, wie es in der Regel beim traditionellen Praktikum der Fall war, nützt einem solchen Ausbildungsziel wenig. Die Praxiserfahrung muß vielmehr die Möglichkeit enthalten, die Erfahrung aktiven Handelns zu machen und die eigenen Ideen und Intentionen im Feuer widersprüchlicher Bedingungen und Interessen zu prüfen.

Dies gilt im besonderem Maße für die Ausbildung im Bereich Stadterneuerung: noch weit mehr als für den Entwurfsarchitekten ist dieses Berufspraxisfeld bestimmt vom Zusammenwirken sehr unterschiedlicher fachlichen Ebenen und Disziplinen, widersprechender Interessengruppen und komplizierter Entscheidungsstrukturen.

Hier gilt es, in der Ausbildung nicht nur Fachwissen zu vermitteln, sondern insbesondere die Fähigkeit zu entwickeln, praktische Probleme zu analysieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln,

die chancenreich verteidigbar sind im Geflecht von Interessen und Verwaltungswegen.

Die Praxis der BAB-Studenten in der Unterstützung der Initiativen könnte man (unter diesen Zielsetzungen betrachtet) eine vorzügliche Erfahrung nennen; nicht nur vermittelt sie eine Konfrontation mit den täglichen Problemen der Stadterneuerung. Die selbsttätige Organisation dieser Konfrontation, die verantwortliche Rolle gegenüber den Bewohnern, die Notwendigkeit einer fachlich hieb- und stichfesten Lösung - dies sind eindeutige Positiva einer Praxiserfahrung während des Studiums, wie sie sich im BAB vermitteln.

Besser als jede Betreuung durch Lehrkräfte es vermöchten, werden hier das Umgehen mit komplexen Problemstellungen geübt, unsaubere Argumentationen entlarvt, Fehleinschätzungen in ihren Konsequenzen sichtbar gemacht. Und gleichzeitig gibt die Studiensituation die Möglichkeit, Probleme mit dem Betreuer durchzusprechen, Ursachen zu analysieren, prinzipielle Lösungswege zu entwickeln etc.

Allerdings bedarf eine solche Einbeziehung in das Studium einer Reihe von wichtigen Voraussetzungen in der Studienorganisation, um die erforderliche Kontinuität und Qualität der Bearbeitung abzusichern. Dazu gehört vor allem, daß eine gewisse Mindestdauer der Projektbearbeitung vom Studienablauf her möglich sein muß. Dazu gehört auch, daß die Projekte frei gewählt sind und - wenn nötig - in Gruppen bearbeitet werden kann. Und dazu gehört schließlich ein erheblicher Betreuungsaufwand seitens der Lehrenden, sowie die Bereitschaft, die durch die praktische Auseinandersetzung in der Unterstützungsarbeit aufgezwungen werden, auch vom Studium her zu respektieren.

Doch auch mit diesen Voraussetzungen ist meine Grobskizze der BAB-Arbeit als Form des Praxisbezugs strukturell idealisiert.

Tatsächlich ergibt die Verknüpfung der professionellen Unterstützung mit der Studiensituation nicht unerhebliche Schwierigkeiten - und diese Schwierigkeiten resultieren nicht erst aus der Einführung eines zeitintensiven Pflichtfächerkatalogs, wie wir ihn seit einiger Zeit haben. Sie kommen auch aus der Logik der Unterstützungsarbeit selbst, die immer wieder ihre Eigendynamik entwickelt und dem Zeitplan und den Anforderungen einer breiten und umfassenden Qualifizierung im Studium zu widerlaufen. So z.B. wenn aufgrund der Energiepreisentwicklung mit einem Mal eine Flut von Heizkosten und Wärmeeinsparungsproblemen auf das BAB einströmt. Das Verhältnis zur Lehrinstitution ist daher auch kein bequemes, von beiden Seiten nicht. Worin es aber durchaus dem anspruchsvollen gesellschaftlich orientierten Lernziel entspricht. Soviel zum Aspekt der Integration von Studium und Praxis.

Aber das BAB steht noch in einem weiteren Zusammenhang - und damit komme ich nochmals auf den ersten eingangs genannten Aspekt zurück, die erweiterte gesellschaftliche Funktion der Hochschule.

Das BAB nimmt in der Unterstützungszone eine nicht unwichtige Sonderstellung ein, indem es als Studentenorganisation in der Lage ist, fachlich qualifizierte (u.d.h. nicht zuletzt durch die Betreuung der Lehrenden qualifizierte) Beratung bereitzustellen, ohne von einer Bezahlung oder von einer zusätzlichen Subventionierung abhängig zu sein. (Also über die normale Ausbildungsfinanzierung hinaus).

Diese Unabhängigkeit ermöglicht es, gerade auch solche Initiativen zu unterstützen, die nicht in der Lage waren, Mittel für eine fachkundige Expertise zu erkämpfen.

Damit steht das BAB als Modellfall in einem Diskussionszusammenhang, der in den letzten beiden Jahren in den Niederländischen Hochschulen an Gewicht gewonnen hat und von Wissenschaftlern nahezu aller Fachrichtungen geführt wird.

Es geht um die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft und um die Funktion der Hochschule hierbei, wobei die Diskussion im engen Zusammenhang mit den o.g. Tendenzen gesellschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung steht.

Bereits in den 70er Jahren machte man an den Hochschulen die Entdeckung, daß der Zugang zur Wissenschaft und zu Fachkenntnissen fast nur finanzstarken Gruppen oder den öffentlichen Instanzen möglich war. Weite Teile der Bevölkerung haben keinen Anteil an der wissenschaftlichen Entwicklung und sind nicht in der Lage, zur Lösung ihrer Probleme auf fachkundige Hilfe oder gar Forschung zurückzugreifen.

Diese Diskussion, die damals organisatorisch getragen wurde von den zwei großen Wissenschaftsvereinigungen, dem VVO und dem BWA, hatte Ergebnisse auf zwei Ebenen:

- In einer Reihe von Universitäten wurden die o.g. „*wissenschaftswinkels*“ eingerichtet. Das sind Beratungsbüros für Gruppen und auch Individuen, die unterhalten werden von Mitarbeitern und Studenten und in deren Rahmen die Studenten ein eventuell gefordertes Praktikum ableisten können. In diesem Zusammenhang ist auch die längerfristige Zusammenarbeit von einzelnen Hochschulfachgruppen mit der Gewerkschaftsbewegung zu sehen.
- Von der Regierung wurden fünf sog. Institute für gesellschaftlich orientierte Forschung (IMGOs) als Experiment subventioniert. Dabei handelt es sich um Institutionen, die neben der professionellen Unterstützung ausgesprochene Forschungszielsetzungen verfolgen zur Lösung von Problemen gesellschaftlich benachteiligter Gruppen, natürlich auf Anfrage und in direkter Zusammenarbeit mit diesen Gruppen.

Auch hier ging es darum, Wissenschaft als Herrschaftswissen zu relativieren und in diesem Bereich zumindest ansatzweise so etwas wie einen Chancen-

ausgleich herzustellen, wobei die Hochschule als gesellschaftlicher Einrichtung eine Funktion erhalten sollte, die weit über die Ausbildung von Studenten hinausgeht.

Die rückläufige Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre und die zu erwartenden rückläufigen Studentenzahlen haben nun auf der Ebene des Wissenschafts-Ministerium zu einigen Überlegungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Funktion der Hochschulen geführt, die auch die genannten Gedanken neu belebt hat.

Den Hochschulen wird neuerdings eine dezidierte Aufgabe in der innovatorischen Forschungs- und Technologieentwicklung für die Wirtschaft zugezogen.

Gleichzeitig wird über die Einrichtung von sog. Transferpunkten an den Hochschulen der direkte Kontakt zur forschungsbedürftigen und auftrager-teilenden Wirtschaft gefördert.

Diese Ausrichtung auf den Forschungsbedarf der Wirtschaft hat gleichzeitig quasi in einem kleinen Proporz zu einer erneuten Aufmerksamkeit auf die

wissenschaftlichen Unterstützungsfunktion für sozial schwache Gruppen geführt. So hat die Universität von Amsterdam auch einen Transferpunkt für diese Gruppen eingerichtet und auch die THE denk - wenn auch zögernd - über den Stellenwert der Wissenschaftsläden (wozu auch das BAB dann rechnet) in ihrem Hochschulkonzept nach.

Ich könnte mir vorstellen, daß sich hier Ausbildungserfordernis und gesellschaftspolitischer Verpflichtung einer Hochschule treffen und Einrichtungen wie das BAB oder andere Wissenschaftsläden zu einen geregelten Bestandteil der Ausbildungskonzeption werden.

Ob freilich dadurch andererseits der studentische Elan der Eigeninitiative nicht gelähmt und erdrückt wird, bleibt die andere Frage.

Vorläufig jedenfalls ziehen es z.B. alle Wissenschaftsläden an der THE vor, im Bedarfsfall auf materielle Unterstützung zu verzichten, wenn sie dadurch ihre Freiheit und Unabhängigkeit einbüßen sollten.

Michael Wilkens

Internationaler Architekturkongreß Otterlo 1982 - Weshalb und wozu?

Zwischen Kiefern und Heide, bei Altweibersommerwetter und umgeben von moderner Kunst, tagten vom 16. bis 18. September im Kröller Müller Museum in Otterlo bei Arnheim 57 Architekten und Städteplaner aus 11 europäischen Ländern und vier Generationen unter dem Titel: *Architektur und Städtebau: Woher und Wohin?* Van Eesteren, Hubert Hoffmann und Alfred Roth waren die Veteranen, die 1933 noch mit nach Athen geschippert waren (wovon man in Otterlo noch einen jetzt wiedergefundenen Stummfilm sah), einige Studenten aus Hamburg repräsentierten die jüngste Generation. Die meisten der in Otterlo Anwesenden waren der Einladung wohl mit der üblichen Neugier gefolgt, den oder jenen Kollegen mal persönlich kennenzulernen. Das Programm war von Jos Weber vorbereitet und ziemlich offen gelassen worden, was einen ungezwungenen Verlauf versprach. Doch bald wurde es wie bei Agatha Christie. Jeder hatte das Gefühl, daß dies nicht alles sein konnte, daß hier noch irgendwas passieren müßte. Immerhin befand man sich an genau dem Ort, wo 1959 der CIAM aufgelöst worden war. Sollte er etwa zu neuem Leben erweckt werden? Es ging auch das Gerücht, daß die Ermordung von Joseph-Paul vorbereitet werden sollte. Die CIAM-Theorie erhielt eine gewisse Bestätigung durch das tiefeschürfende Referat von Frei Otto über das Verhältnis von „man and nature“, dessen moralischer Grundton schon ganz nach einer Charta von Otterlo klang. Und Frei Otto hatte die Einladungen mitunterzeichnet! Als dann am Abend des 2. Tages Jos Weber dazu aufforderte, eine gut verständliche und publizierbare(!) Zusammenfassung des Tages zu erarbeiten, ging die Diskussion über Sinn und Zweck dieser Tagung los. Mit unnachahmlich komischer Hide-Park-Rhetorik empfahl Cedrik Price, auf jeden Fall alles in Rosa zu drucken, oder weiß auf rosa, „like cream on a glass of milkshake!“



J. Weber



van Wijngaarden NL



Hubert Hoffmann A



van Eesteren NL



C. Price GB

Und Helga Fassbinder forderte ein Manifest in Form eines Kalenders mit erbaulichen Sprüchen zum Tage. Dischkoff wetterte über die ewige Selbstbeweihräucherung dieses Berufsstandes, dessen ziemlich schlichte Aufgabe der Bau von guten Wohnhäusern sei, mit Straße davor und Garten dahinter „wie gehabt“. Die Veranstalter waren sichtbar enttäuscht. Andere waren sauer darüber, daß alle Konflikte von Jos einfach wegharmonisiert wurden, und noch andere beschwerten sich darüber, daß die schon vorher von jedem Teilnehmer auf Anfrage übermittelten Arbeitsthemen mit einigen Einführungsthemen dazu nun gar nicht mehr auftauchten, obwohl diese Wunschliste bestens zur Strukturierung der Arbeit und zur Bildung kleiner Gesprächsgruppen hätte herangezogen werden können. So machte sich bei den einen Ärger über so viel Selbstüberschätzung Luft, und bei den anderen, Frei Otto z.B., Ärger darüber, daß man hier „ständig um den heißen Brei“ redete. „Doch was“, spottete Le Roy, „was ist der heiße Brei von Frotto?“ Anderntags gab Alfred Roth im Ton eines greisen Offiziers den Tagesbefehl aus: „Das viele Diskutieren muß endlich aufhören! Das Theoretisieren ist fast immer Ausdruck von Unfähigkeit!“ So, nicht wörtlich, aber ungefähr. Immerhin entlockte es dem sonst immer zurückhaltenden Ottokar Uhl ein gezisches „Scheiße!“ Auch Lucien Kroll, der am Ende noch dazustieß, brachte mit seinem Referat diese

Tagung nicht mehr auf den Teppich. Im Gegenteil: Auch er langte kräftig in die Kiste der allzu pauschalen Begriffe, wie etwa „humanity“ contra „militarism in architecture“. Dazu ein paar Dias von militärischen und menschlichen Architekturen, die menschlichen vom Autor selbst. So kam also der Schlußclou nicht mehr,



L. Kroll B.

den ja auch niemand erwartet hätte, wenn nicht die Veranstalter zu viel erwartet hätten.

Aber was soll's: Allen hat's Spaß gemacht. Und wenn jemand im nächsten Jahr zu einer Fortsetzung einladen würde, kämen die meisten vermutlich auch wieder. Allerdings könnte der Tagungsort ruhig weniger bedeutungsvoll sein. Auf keinen Fall sollte man auf die Idee kommen, dann einen Dampfer zu chartern. Da wär' man nämlich mit Sicherheit auf dem falschen.